



## **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

### **8. Sitzung (öffentlicher Teil)<sup>1</sup>**

21. November 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:50 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>7</b>
<b>1 Anerkennungsgesetz Nordrhein-Westfalen</b>	<b>7</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1188	

Im Raum steht die Durchführung eines Sachverständigen-  
gesprächs. Die mitberatenden Ausschüsse sollen schriftlich  
zur aktiven Teilnahme aufgefordert werden. Den genauen  
Ablauf des Beratungsprozesses, der zügig abgeschlossen  
werden soll, wollen die Obleute am Rande des nächsten  
Plenums festlegen.

---

<sup>1</sup> nichtöffentlicher Teil mit TOP 11 b siehe nöAPr 16/10

**2 SGB-II-Report – Kennzahlen und Rahmenbedingungen der Jobcenter in Nordrhein-Westfalen 8**

- Bericht der Landesregierung

Dem Vortrag von RB Dr. Julia Brennecke (MAIS) schließt sich eine Diskussion an.

**3 Unterstützung gehörloser Eltern hörender Kinder 19**

- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/372

Das MAIS ist gebeten, dem Ausschuss zu diesem Sachverhalt eine auf der Erfahrung anderer Bundesländer basierende Regelung vorzuschlagen.

**4 Martin und Metin werden hier gebraucht. Abwanderung von hochqualifizierten Fachkräften verhindern – Anreize zum Hierbleiben oder zur Rückkehr schaffen 24**

- Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1276

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag des Vorsitzenden überein, die Empfehlung des federführenden Integrationsausschusses zum weiteren Beratungsverlauf abzuwarten.

**5 Nordrhein-Westfalens Wirtschaft braucht Freiräume statt neuer Abgaben und mehr Bürokratie 25**

- Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1277

Auf Vorschlag des Vorsitzenden verständigt sich der Ausschuss darauf, die Empfehlung des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk zum weiteren Beratungsverlauf abzuwarten.

**6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz von Nicht-raucherinnen und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen (Nicht-raucherschutzgesetz NRW – NiSchG NRW)****26**Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/125Vorlage 16/199  
Ausschussprotokoll 16/46

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt den als „4. Änderungsantrag“ bezeichneten – weitestgehenden – Änderungsantrag der Fraktion der Piraten mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der CDU ab (*siehe Anlage 1*).

Der Ausschuss lehnt den als „Änderungsantrag“ bezeichneten Änderungsantrag der Fraktion der Piraten mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der CDU ab (*siehe Anlage 2*).

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten an (*siehe Anlage 3*).

Der Ausschuss lehnt den als „2. Änderungsantrag“ bezeichneten Änderungsantrag der Fraktion der Piraten mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der CDU ab (*siehe Anlage 4*).

Der Ausschuss lehnt den als „3. Änderungsantrag“ bezeichneten Änderungsantrag der Fraktion der Piraten mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der CDU ab (*siehe Anlage 5*).

In der Gesamtabstimmung nimmt der Ausschuss den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/125 in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der

Fraktionen von CDU, FDP und Piraten an. Damit wird dem Plenum die Annahme des Gesetzentwurfs in der geänderten Fassung empfohlen. Einziger Berichterstatter soll der Ausschussvorsitzende sein.

**7 Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes 32**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/1049

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1049 einstimmig an.

**8 Gesetz zur Änderung von Rechtsvorschriften im Bereich des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen 33**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/1187

Der Ausschuss erwägt, zu diesem Gesetzentwurf eine Anhörung durchzuführen. Fragen zur Durchführung sollen die Obleute vorab klären.

**9 Aktueller Sachstand zu den Frühreha-Plätzen in Nordrhein-Westfalen 35**

– Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/379

AGS-Ausschuss und MGEPA wollen das Thema gemeinsam begleiten. Nach Vorlage detaillierterer Informationen soll eventuell eine Expertenrunde einberufen werden.

**10 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen 39**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/1257

Der Ausschuss wird zu diesem Antrag eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchführen.

**11 Verschiedenes 40**

**a) Plenarthemen und Ausschusssitzungstermine 40**

*(Unterpunkt b siehe nichtöffentlicher Teil nöAPr 16/10)*

\* \* \*



## Aus der Diskussion

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

**Vorsitzender Günter Garbrecht** begrüßt als neues Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Manuela Grochowiak-Schmieding aus Ostwestfalen-Lippe.

### 1 Anerkennungsgesetz Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/1188

**Vorsitzender Günter Garbrecht** teilt mit, das Plenum habe diesen Ausschuss am 8. November 2012 nach erster Lesung einstimmig zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales und zur Mitberatung an den Integrationsausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Schule und Weiterbildung, den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk, den Innenausschuss, den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung überwiesen. Im Folgenden gehe es in erster Linie um die Festlegung des Beratungsverfahrens.

**Minister Guntram Schneider (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales)** geht angesichts der in der Plenardebatte deutlich gewordenen breiten Übereinstimmung hinsichtlich der Notwendigkeit eines solchen Rahmengesetzes auch auf Landesebene von kontingentierten politischen Auseinandersetzungen aus, was zur Einhaltung des ehrgeizigen Zeitplans beitragen würde.

Im Raum steht die Durchführung eines Sachverständigengesprächs. Die mitberatenden Ausschüsse sollen schriftlich zur aktiven Teilnahme aufgefordert werden. Den genauen Ablauf des Beratungsprozesses, der zügig abgeschlossen werden soll, wollen die Obleute am Rande des nächsten Plenums festlegen.

